



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 18.05.2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele  
Herr Stadtrat Aßfalg  
Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Frau Stadträtin Brunner  
Frau Stadträtin Buttschardt  
Herr Stadtrat Dr. Compter  
Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Dullenkopf  
Herr Stadtrat Etzinger  
Frau Stadträtin Förg  
Herr Stadtrat Funk  
Herr Stadtrat Garlin  
Herr Stadtrat Gehring  
Frau Stadträtin Goeth  
Herr Stadtrat Hagel  
Frau Stadträtin Handtmann  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Frau Stadträtin Kapfer  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Rieger  
Herr Stadtrat Späh  
Frau Stadträtin Vollmer  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Wiest  
Herr Stadtrat Zügel

ab TOP 2

entschuldigt:

Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Verwaltung:

|  |           |
|--|-----------|
| Frau Appel, Schriftführung                             |           |
| Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen                 |           |
| Her Brugger, Bauverwaltungsamt                         | TOP 6     |
| Frau Dr. Dellsperger, Wieland-Museum                   | bis TOP 5 |
| Herr Jäger, Liegenschaftsamt                           | bis TOP 2 |
| Herr Kopf, Hochbauamt                                  | bis TOP 3 |
| Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg                  |           |
| Herr Bürgermeister Kuhlmann                            |           |
| Frau Leonhardt, Kämmereiamt                            |           |
| Herr Maucher, Umweltschutz                             | bis TOP 2 |
| Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg                       |           |
| Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport | bis TOP 3 |
| Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt                   |           |
| Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer                    |           |
| Herr Simon, Hauptamt                                   |           |
| Herr Walz, Gebäudemanagement                           |           |
| Herr Erster Bürgermeister Wersch                       |           |
| Herr Wilk, Hochbauamt                                  | bis TOP 3 |

Sonstige:

|                                   |           |
|-----------------------------------|-----------|
| Herr Bader, Freiwillige Feuerwehr |           |
| Herr Schley, Mali-Hauptschule     | bis TOP 3 |
| ca. 50 Besucher                   | bis TOP 3 |

## Tagesordnung

| TOP-Nr. | TOP   | Drucksache Nr.         |
|---------|---|------------------------|
| 1.      | Bürgerfragestunde   |                        |
| 2.      | Neubau der Realschule mit Sporthalle  | 82/2009                |
|         | 1. Formulierung eines energetischen Standards   |                        |
|         | 2. Zusammensetzung des Preisgericht für den Planungswettbewerb  |                        |
| 3.      | Auslagerung von 3 Klassenzimmern der Dollinger-Realschule in die Mali-Hauptschule zum Schuljahr 2009/2010       | 63/2009 +<br>63/2009-1 |
| 4.      | Errichtung einer Wieland-Stiftung Biberach<br>hier: Personalüberleitung   | 91/2009                |
| 5.      | Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR): Projektbegleitung durch externen Berater | 85/2009                |
| 6.      | Freiwillige Feuerwehr Biberach<br>Wahl der Kommandanten und ihrer Stellvertreter                                | 68/2009                |
| 7.1.    | Verschiedenes: Abwassergebühren   |                        |
| 7.2.    | Verschiedenes: Kletterhalle   |                        |
| 7.3.    | Verschiedenes: Tourismus  |                        |
| 7.4.    | Verschiedenes: Ampelschaltungen   |                        |
| 7.5.    | Verschiedenes: Ausschilderung Röhrenöschle  |                        |
| 7.6.    | Verschiedenes: Wieland-Schauraum  |                        |
| 7.7.    | Verschiedenes: Jahresbericht Jugend Aktiv   |                        |

Die Mitglieder wurden am 07.05.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 14.05.09 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1 Bürgerfragestunde**

Frau Petra Buck fragt, warum nicht Räume, die von der Hochschule genutzt würden und eigentlich zur Realschule gehörten, wieder an die Realschule gegeben würden.

OB Fettback antwortet, die Hochschule habe einen Flügel vor längerer Zeit gekauft. Es sei nicht vorstellbar, dass die Hochschule Raumkapazitäten frei habe. Vielmehr habe sie Platznot. Hochschüler in der Hauptschule unterzubringen sei schwer vorstellbar.

**1. Formulierung eines energetischen Standards****2. Zusammensetzung des Preisgericht für den Planungswettbewerb**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 82/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 07.05.09.

BM Kuhlmann erläutert den Sachverhalt anhand eines Power-Point-Vortrags und geht dabei auch auf die Zeitschiene ein. Vor kurzem habe ein Kongress zu energiesparenden Schulen stattgefunden, in dessen Rahmen man die Gebhard-Müller-Schule besucht habe. Man gebe den Planern als Aufgabe vor, unter 30% der Norm der Energiesparverordnung zu bleiben. Man wolle ein Optimum an Energieeinsparung, Komfort und Qualität erreichen. Man gehe davon aus, dass fünf Entwürfe herausgearbeitet würden, die mit Preisen versehen würden. Unter diesen entscheide der Gemeinde dann, wer den Auftrag erhalte.

OB Fettback betont, man gehe bewusst mit der Frage Bildung und Betreuung um und habe schon beträchtliche Investitionen getätigt und weitere seien geplant. Der Neubau der Realschule werde durch das Grundstücksgeschäft mit der Hochschule möglich. Dieses diene der Standortsicherung der Hochschule, biete eine Riesenchance zum Neubau einer Realschule in der Schulmeile, was wiederum die Chance biete, alle weiterführenden Schulen mit den Sportstätten an einem Areal zu konzentrieren. Die dritte Chance bestehe in der Übernahme des Streubesitzes des Landes, was städtebauliche Aspekte habe. Netto müssten zwischen 12 und 13 Mio. € aus städtischen Finanzen beigesteuert werden.

StR Kolesch unterstreicht die schon immer große Bereitschaft des Gemeinderats, viel Geld in die neue Realschule zu investieren. Der momentane Dissens sei im Prinzip nicht von der Hand zu weisen. Es handle sich aber um eine temporäre Entscheidung für die nächsten drei bis vier Jahre. Er gehe davon aus, dass inklusive der neuen Sportstätten von der Stadt sogar Investitionen zwischen 18 und 20 Mio. € getätigt werden müssten.

Für die CDU-Fraktion sei die Standortfrage für die neue Realschule klar. Am sinnvollsten sei das Gelände des alten Hallenbades unter Einbeziehung des Kunstrasenplatzes. Er plädiert für eine baldige Entscheidung.

Die Vorlage zeige, dass man insgesamt bereit sei, etwas richtig Gutes zu tun. Man gehe auch beim energetischen Standard über das normale Maß hinaus. Vorbild müsse die Gebhard-Müller-Schule sein. Das Konzept für die Realschule sei ähnlich anzugehen und es müssten planerische Vorgaben gemacht werden, die eine sinnvolle, optimale Energienutzung ermöglichen. Dies sei genauso wichtig wie gestalterische Vorgaben. Man stimme dem Vorschlag zu, das Preisgericht ohne Gemeinderäte zu besetzen. Dadurch gebe man ein Stück der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand, sehe aber die Vorteile. Der Gemeinderat behalte sich jedoch vor, unter den prämierten Entwürfen zu entscheiden. Hierzu benötige man eine ausführliche Vorberatung und Informationen. Er frage, mit wie vielen Bewerbungen gerechnet werde und wie sich subjektiv die Qualität der Vorschläge nach erster Durchsicht beurteile.

StRin Kübler gibt zu verstehen, die SPD-Fraktion stimme gerne zu und freue sich, dass ein Gebäude erstellt werde, das neben der Verbesserung der Raumsituation auch eine optimale Energienutzung bieten solle. Man wolle eine intelligente, ressourcenschonende und nachhaltige Lösung und ein weiteres Vorzeigebauwerk neben der Gebhard-Müller-Schule schaffen. Die Nachhaltigkeit der

Maßnahme sei garantiert, da auf längere Sicht eine Entlastung des Haushalts zu erwarten sei. Lohnenswert sei es auch, dass Tageslicht und Luft in den Klassenzimmer speziell angesprochen würden. Dies zeige, welche Bedeutung man dem Wohlergehen der Schüler beimesse. Der Besetzung des Preisgerichts stimme man. Gerne nehme man das Angebot an, als Gasthörer an den Jurysitzungen teilzunehmen. Zum Standort wolle man keine Aussage treffen und das Untersuchungsergebnis abwarten. Sie bezeichnet es als befremdlich, dass sich die CDU-Fraktion schon vor Kenntnis dieser Ergebnisse festgelegt habe.

StR Dr. Compter zeigt sich namens der Freien Wähler erfreut, dass Biberach in der Lage sei, eine neue Realschule zu bauen. Insbesondere die Schüler profitierten hiervon. Logisch sei, dass man energetische Konzepte stark berücksichtige. Die Vorgehensweise des Baudezernats sei richtig. Erst wenn klar sei, welche technischen Möglichkeiten bestünden, könne man entscheiden, was letztlich umgesetzt werde. Die Bewertung bedürfe eines kompetenten Gremiums, weshalb es richtig sei, die Jury mit Fachleuten zu besetzen. Die politische Entscheidung obliege dann immer noch dem Gemeinderat. Momentan hätten sich auch die Freien Wähler bezüglich des Standorts noch nicht festgelegt und seien gespannt auf die Informationen und ob diese weitere Entscheidungshinweise lieferten.

StR Späh findet es richtig, über vorgegebene energetische Standards hinauszugehen, da die neue Schule für mindestens 25 bis 40 Jahre Bestand haben müsse. Energiestandards müssten immer hoch angesetzt werden. Der Schutz der Erde müsse an erster Stelle stehen und erst an zweiter Stelle finanzielle Fragen und die mit neuesten Energiestandards möglichen Einsparungen. Man erwarte höhere Standards als in der Gebhard-Müller-Schule, die schon fast fünf Jahre alt sei. Die Luftqualität und eine optimale Nutzung des Tageslichts sei für Schüler und deren Konzentration sehr wichtig und eine Selbstverständlichkeit für Schulplanungen der nächsten Generationen. Gleiches gelte für die Freihaltung der Dachfläche für ein Solarnutzung. Er bittet auch über wasserlose Urinale nachzudenken und hierzu detailliertere Aussagen zu liefern. Auch die Grünen erachteten keine politische Besetzung des Preisgerichts für erforderlich.

StR Braig meint, man könne zwar nicht das Weltklima mit dem Schulneubau retten, es wäre jedoch ein Schildbürgerstreich, wenn nicht die Vorgaben der neuen Energieeinsparverordnung berücksichtigt würden. Ein gutes Klima sei an einer Schule ebenso wichtig. Die Standortentscheidung in der Schulmeile werde man konkret erst nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse des Baudezernates treffen.

OB Fettback lässt wissen, die Vorlage zur Standortentscheidung sei für Juli geplant.

BM Kuhlmann lässt wissen, man berichte gerne über das Ergebnis des VOF-Verfahrens. Am Folgetag finde die Vorauswahl statt. Sein erster Eindruck sei, dass die Entwürfe sehr hohe Qualität auswiesen. Er sagt einen Bericht im nächsten Bauausschuss zu. Wichtig sei es, das richtige Maß zwischen Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu finden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Der in Drucksache Nr. 82/2009 dargestellte energetische Standard wird Grundlage für die Auslobung des Wettbewerbes.**
- 2. Der eben dort vorgeschlagenen Zusammensetzung des Preisgerichts wird zugestimmt.**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1** und **2** beigefügten Drucksachen Nrn. 63/2009 und 63/2009-1 zur Beschlussfassung vor. Ferner wurde an den Gemeinderat ein Schreiben von Rektor Pfab verteilt, das dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

OB Fettback hebt auf dieses Schreiben ab, das die Lösung über Wanderklassen andeute, eine bemerkenswerte Aussage. Die Verwaltung und eine große Mehrheit des Gemeinderats seien sich einig, dass keine Container geschaffen werden sollten. Das Schreiben von Rektor Pfab biete keine neuen Erkenntnisse, da überwiegend auf die generelle Zusammenarbeit von Real- und Hauptschulen abgehoben werde. Er dankt Rektor Schley, der seine Kooperationsbereitschaft deutlich zeige.

Entscheidend für den Verwaltungsvorschlag seien nicht die Kosten einer Containerlösung, sondern es müsse die prinzipielle Frage erörtert werden, wie man mit Leerständen bei gleichzeitigen Überkapazitäten an anderer Stelle umgehe. Diese Frage werde sich im Zuge der demographischen Entwicklung häufiger stellen. Man plädiere, wenigstens übergangsweise einen Ausgleich zu versuchen.

Die Diskussion sei für ihn schwer nachvollziehbar. Er könne die Betroffenheit verstehen, man habe aber bereits Ende 2008 den Beschluss zum Neubau der Realschule getroffen. Dabei sei es auch um die Nutzung von Synergieeffekten und pädagogische Kooperationen zwischen den einzelnen Schulen gegangen. Hierzu habe jeder eine Meinung. Es sei aber Aufgabe des Landes über die Schulämter durch die Schulen derartige Kooperationen anzugehen. Bei der Diskussion schwinde immer die Frage der Hauptschule mit. Die Malischule leiste eine tolle Arbeit, was auch dem tollen Rektor zu verdanken sei. Ihn irritiere auch mit Blick auf die umliegenden Gemeinden, welchen Ruf die Malischule bei manchen habe. Dieser habe mit der Realität nichts zu tun.

Es gibt großen Applaus.

EBM Wersch führt aus, die Schulentwicklung sei ein dynamischer Prozess mit diversen Facetten. Enorme Veränderungen fänden statt und die Übergangsquoten auf die einzelnen Schularten hätten sich verändert. Weiter spiele der demographische Faktor eine Rolle, sowie die inhaltlich pädagogische Entwicklung, die im Gang sei. Er plädiert, räumliche Synergien zwischen allen Schulformen zu nutzen und betont, dass man auch bei künftigen Bedarfen von einem Ausgleich zwischen den Schulen ausgehe. Dieser Fall könne auch nach einem Realschulneubau eintreten, da eventuel-ler Spitzenbedarf nicht im Neubau abgedeckt werden könne. Der Verwaltung gehe es auch um die Qualität der zur Verfügung gestellten Räume. Die Lernbedingungen an der Hauptschule böten in eine gute Ausgangsbasis. Von Seiten der Schulleitung der Realschule habe man von Anfang an keine Unterstützung erhalten. Von extern sei diese gekommen, beispielsweise von Schulamtsdi- rektor Mäder, der den Weg für vertretbar und zumutbar einstufe, unabhängig für welche Klas- senstufe man sich entscheide. Dies sei Sache der Schule, weshalb man dies auch in der Vorlage auch nicht thematisiert habe.

Der Hinweis von Rektor Pfab vom 08.05.09 sei so zu verstehen, dass ohne Container Wanderlö- sungen untersucht würden und wie damit das Problem gelöst werden könne. Er erachte diese Aussage als Affront. Sie hätte schon vor einem Jahr getroffen werden können, was viele Diskussi-

onen erspart hätte. Er fühle sich etwas vorgeführt. Die Malischule habe hervorragende Räume und das System sei zumutbar, weshalb er für den Verwaltungsvorschlag um Zustimmung bittet.

StR Hagel verweist auf die ausführliche Darstellung in der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung. Der Vertagung habe die CDU-Fraktion mehrheitlich nicht widersprochen, um Rektor Pfab die Möglichkeit zu geben, Stellung zu beziehen. Nach seinem Schreiben prüfe er den Sachverhalt aber erst, wenn keine Container zur Verfügung gestellt würden und neue Räume erforderlich würden. Bisher sei man davon ausgegangen, dass die Realschule auf jeden Fall Platzbedarf habe. Die Aussage sei daher verwunderlich. Er habe den Vorschlag gemacht, mehrere Klassen an ein oder zwei Vormittagen an der Malischule zu beschulen und keine Klassen komplett auszulagern. Dies sei organisatorisch leicht lösbar. Die Einwendungen der Eltern würden damit entkräftet, da diese in erster Linie das Pendeln gestört habe. Rektor Pfab spreche in seinem Schreiben vom 08.05.09 erstmals von Lösungsmöglichkeiten und Wanderklassen im Hause und nicht vom Pendeln von Schule zu Schule. Die Einwände der Eltern bezögen sich aber in erster Linie auf das Pendeln. Ein Container wäre also nur zur Vermeidung von Wanderklassen erforderlich. Hiervon sei man bislang nicht ausgegangen. Dann seien Container noch weniger erforderlich. Aus pädagogischen Gründen seien Klassenzimmer zwar wünschenswert, Wanderklassen habe es aber schon immer gegeben. Er appelliert erneut, dass durch den Verzicht auf die Container eingesparte Geld lieber in die neue Realschule zu investieren.

StRin Kübler gibt zu verstehen, die SPD-Fraktion sei froh über den Zeitgewinn, den man durch die Vertagung erreicht habe. Man habe die Möglichkeit gehabt, Gespräche mit Lehrern und Eltern zu führen, treffe also kein unüberlegte Entscheidung. Sie zeigt sich betroffen, dass emotionale Gründe bei den Gesprächen sehr im Vordergrund gestanden hätten und selten ein sachlicher Austausch stattgefunden habe. Manches habe sie sehr traurig gemacht. So sei nie die Frage gestellt worden, was man der Hauptschule zumute, sondern nur, was der Realschule zugemutet werde. Sie weist Unterstellungen von sich, dass die Realschule schlecht untergebracht sei. Man habe die Zuspitzung der Engpässe mit Sorge betrachtet und sei daher froh, dass ein Neubau erstellt werde. Nun benötige man für eine Interimszeit eine Lösung. Es bestünden viele Möglichkeiten, die Übergangszeit so gut wie möglich zu gestalten. Zum Beispiel könnten die kompletten fünften oder sechsten Klassen Räume in einem separaten Stockwerk der Malischule nutzen. Diese Lösung werde aber von der Schule nicht favorisiert und werde von den Eltern absolut nicht gewollt. Sie interpretiere das Schreiben von Rektor Pfab vom 08.05.09 auch so, dass durchaus andere Lösungen zur Umsetzung des Bedarfs gegeben seien.

Leider sei der Vorschlag von StR Dr. Nuding zum Raumtausch beziehungsweise der gemeinsamen Beschaffung von Containern mit der Hochschule nicht geprüft worden. Sie bittet, hier am Ball zu bleiben. Eventuell könne man damit die Situation schnell entspannen. Sie erwarte hierzu eine Vorlage bis zum Spätherbst. Abschließend stellt sie fest, die SPD-Fraktion wolle keine reine Containerlösung, habe aber die Bitte an die Schulen, Eltern und Lehrer die Lösungsmöglichkeiten positiv anzugehen.

StR Zügel gibt zu verstehen, auch die Freien Wähler hätten noch Beratungsbedarf gehabt, weshalb die Vertagung gut gewesen sei. Die Freien Wähler stimmten nicht einheitlich ab.

Schon Generationen von Schülern seien an anderen Schulen unterrichtet worden, ohne dass sie Schaden genommen hätten. An der Malischule habe man freie Raumkapazitäten, weshalb das Aufstellen von Containern keinen Sinn machte. Dies sei auch eine grundsätzliche Frage. Die Zustimmung des Schulamtes bestärke in dieser Vorgehensweise. Teile der Freien Wähler werteten

das Argument, dass Container Klassenzimmercharakter hätten als Plus für diese Lösung. Die Mehrheit stimme dem Verwaltungsvorschlag zu.

StR Gehring führt aus, die Realschule verzeichne seit Jahren steigende Schülerzahlen, sei zu klein und es würden immer wieder Notlösungen erforderlich, die auch positiv umgesetzt würden. Nun sei ein Neubau in Sicht. Der Raumnot stünden freie Räume an der Malischule gegenüber. Das dreigliedrige Schulsystem solle bestehen bleiben und man wolle es nicht aufweichen. Man wolle bezüglich der Kooperation auch keine Lex Biberach. Zwar sei eine gute Hauptschule vorhanden, es gehe aber um die Realschule, die zu anderen Schularten klar abgegrenzt sei. Der Gemeinderat habe die Aufgabe, die sachlichen Voraussetzungen zur Verfügung zu stellen, die organisatorische Umsetzung sei Aufgabe der Schule. Er danke StR Hagel für seinen Vorschlag zur pädagogischen Umsetzung und der SPD-Fraktion für die Nachfrage, ob Zusammenarbeit zwischen den Schulen möglich sei. Nach Meinung der Grünen sollte die Realschule nicht auseinandergerissen werden, weshalb man sich für einen Container ausspreche.

StR Funk gibt zu verstehen, man könne die Wünsche der Eltern nach der Besichtigung und Gesprächen mit Lehrern und anderen nicht erfüllen. Hierin sehe man sich im Schreiben von Rektor Pfab bestätigt und spreche sich für den Verwaltungsvorschlag aus. Der Vorschlag zur Nutzung von Räumen der Hauptschule erscheine kreativ. Er **beantragt**, den Beschlussantrag dahingehend zu ergänzen, dass eine Auslagerung nur erfolge, sofern die Realschule dies wünsche. Denn nach dem Schreiben des Rektors sei nicht mehr sicher, dass die Realschule die Auslagerung wolle und benötige.

StR Dr. Compter gibt zu verstehen, es sei wichtig, dass alle Realschüler sich als Realschüler verstehen könnten. Entscheidend seien nicht die Finanzen. Daher spreche er sich für eine Containerlösung aus.

OB Fettback erwidert, Schüler des Wieland-Gymnasiums hätte auch schon jahrelang die Hauptschule genutzt. Wenn man einen Container aufstelle, benötige er eine bestimmte Qualität. Es sei nicht richtig, dass die Schule seit Jahren in schlechtem Zustand sei. Vielmehr habe man einiges investiert und die Schule keineswegs vernachlässigt. Wenn die Realschule keine Räume in der Malischule benötige, werde dies selbstverständlich akzeptiert. Er betont, dass der Verwaltungsvorschlag keine Entscheidung gegen die Schule sei. Er gibt zu Protokoll, sollte die Schule zu verstehen geben, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen die Probleme durch zusätzliche Wanderklassen gelöst werden könnten und keine Auslagerung von Schulklassen erforderlich sei, werde dies akzeptiert.

StR Funk ist mit dieser Protokollnotiz zufrieden und zieht seinen **Antrag zurück**.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 6 Nein-Stimmen (StRe Brunner, Dr. Compter, Gehring, Rieger, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

#### **Beschluss:**

**Der Auslagerung von 3 Klassenzimmern der Dollinger-Realschule in die Mali-Hauptschule zum Schuljahr 2009/2010 für die Dauer von 4 Schuljahren (bis zur Bezugsfähigkeit der neuen Realschule) wird zugestimmt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 91/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 11.05.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Gemeinderat stimmt dem Personalüberleitungsvertrag (Anlage zu Drucksache Nr. 91/2009) zu.**
- 2. Die Stadt Biberach an der Riss übernimmt für die Wieland-Stiftung Biberach die Gewährträgerschaft für die sich aus deren Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse (ZVK) des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg ergebenden Verpflichtungen, die durch die Zusatzversorgung ihrer Arbeitnehmerinnen gegenüber der Zusatzversorgungskasse entstehen.**

**Die Gewährträgerschaft erstreckt sich für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Mitgliedes der ZVK insbesondere auf die Zahlung**

- a) der Umlagen, Sanierungsgelder und Zusatzbeiträge sowie Zinsen und**
- b) des Ausgleichsbetrages nach § 15 der Satzung der Zusatzversorgungskasse bei Beendigung der Mitgliedschaft.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 85/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 11.05.09.

Frau Leonhardt lässt das Verfahren kurz Revue passieren und lässt wissen, seit 22.04.09 sei klar, dass bis Januar 2016 das Verfahren abgeschlossen sein müsse. Sie erläutert, was alles umgestellt werden muss und betont die Bedeutung von Gesamtkoordination sowie Projekt- und Akzeptanzmanagement. Hierzu benötige man externe, erfahrene Hilfe. Gleichzeitig werde man fachliche Beratung in Teilbereichen zuziehen. Die Schulungen wolle man aus einer Hand anbieten, wobei deren Umfang und Kosten noch nicht beziffert werden könnten.

StR Abele meint, es handle sich um ein komplexes Thema. Die CDU-Fraktion begrüße den harten Umstieg. Die Argumente seien nachvollziehbar und der Ansatz der Multiplikatorenschulung gut. Man gehe von einem sorgsamem Mitteleinsatz aus und erwarte regelmäßige Informationen, um die Kosten abschätzen zu können.

StR Funk kündigt an, die FDP werde gerne zustimmen. Man sehe die Einführung der Doppik als Investition und halte den eingeschlagenen Weg für richtig. Er bezeichnet es als wichtig, mit der Doppik das Vermögen, die Abschreibungen und die Schulden schnell beurteilen zu können.

StR Zügel regt an, den Gemeinderat erneut zu schulen, wenn das Thema in Gang komme.

EBM Wersch **sagt dies zu.**

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Beratungsunternehmen Ernst & Young AG in Kooperation mit der Fichtner GmbH & Co. KG mit der Begleitung und fachlichen Unterstützung des Projektes „NKHR Biberach“ zu beauftragen.**
- 2. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Hinblick auf die Einführung der kommunalen Doppik die Ernst & Young AG in Kooperation mit der Fichtner GmbH & Co. KG mit der Schulung und Qualifizierung der Mitarbeiter, Verwaltungsspitze und der Gremien zu beauftragen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 68/2009 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde in den Ortschaftsräten und im Hauptausschuss vorberaten und zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Wahl von Herrn Harald Buckenmaier zum Feuerwehrkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Biberach wird zugestimmt.**
- 2. Der Wahl von Herrn Alfred Zeller zum stellvertretenden Feuerwehrkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Biberach wird zugestimmt.**
- 3. Der Wahl von Herrn Harald Buckenmaier zum Abteilungskommandanten der Abteilung Biberach wird zugestimmt.**
- 4. Der Wahl von Herrn Ludger Haack zum 1. stellvertretenden Abteilungskommandanten der Abteilung Biberach wird zugestimmt.**
- 5. Der Wahl von Herrn Florian Hofmann zum 2. stellvertretenden Abteilungskommandanten der Abteilung Biberach wird zugestimmt.**
- 6. Der Wiederwahl von Herrn Manfred Reisch zum Abteilungskommandanten der Abteilung Mettenberg wird zugestimmt.**
- 7. Der Wiederwahl von Herrn Stefan Schunger zum stellvertretenden Abteilungskommandanten der Abteilung Mettenberg wird zugestimmt.**
- 8. Der Wiederwahl von Herrn Otto Wohlhüter zum Abteilungskommandanten der Abteilung Ringschnait wird zugestimmt.**
- 9. Der Wiederwahl von Herrn Gerold Göbel zum stellvertretenden Abteilungskommandanten der Abteilung Ringschnait wird zugestimmt.**
- 10. Der Wiederwahl von Herrn Sebastian Maikler zum Abteilungskommandanten der Abteilung Stafflangen wird zugestimmt.**
- 11. Der Wahl von Herrn Tobias Schoßer zum stellvertretenden Abteilungskommandanten der Abteilung Stafflangen wird unter der Bedingung zugestimmt, dass er den Gruppenführerlehrgang im Laufe der nächsten 24 Monate nachholt.**

OB Fettback bittet die Gewählten zu sich und bemerkt, es werde unendlich viel im Ehrenamt geleistet, wofür er danke. Er sei stolz, dass es wieder gelungen sei, eine ehrenamtliche Kommandantur zu schaffen. Dies sei die bessere Lösung, da dann die Feuerwehr auch mit der Verwaltung auf gleicher Augenhöhe agiere. In der nächsten Sitzungsfolge werde eine Erhöhung der ehrenamtlichen Entschädigung und die Aufstockung einer Verwaltungskraft beantragt. Er dankt den Gewählten, dass sie ihre Kandidaturen hiervon nicht abhängig gemacht hätten. Dies unterstreiche die Wertschätzung des Ehrenamts. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Dann überreicht er unter Applaus die Ernennungsurkunden an Harald Buckenmaier, Gerold Göbel, Ludger Haack, Florian Hofmann und Manfred Reisch.

Abschließend bezeichnet er es noch als wichtig, auch in den Ortsteilen freiwillige Feuerwehrstützpunkte zu haben und äußert die Bitte, den Gemeinderat rechtzeitig über eventuelle Planungen zu informieren.

## **TOP 7.1 Verschiedenes: Abwassergebühren**

StR Kolesch berichtet von einem Urteil des Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, wonach keine Abwassergebühren für Wasser bezahlt werden müsse, das zum Grundstücksgießen benutzt werde. Dieses Thema habe den Gemeinderat oft bewegt. Sofern das Urteil auch auf Biberach anwendbar sei, erbitte man eine schnelle Vorlage noch vor der Sommerpause wie damit umzugehen sei.

## TOP 7.2 Verschiedenes: Kletterhalle

StR Keil bringt vor, der Vorstand des Alpenvereins habe ihn auf eine Kletterhalle angesprochen und sein Konzept in einem Schreiben dargestellt. Ravensburg sei hier beispielhaft. Er bezeichnet es als wichtig, den Alpenverein bei der Suche nach Standortmöglichkeiten zu unterstützen. Der Verein leiste eine unglaublich erfolgreiche generationenübergreifende Arbeit.

EBM Wersch lässt wissen, OB Fettback weise in seinem Schreiben an den Verein darauf hin, dass im Rahmen des Neubaus der Realschule das Thema abgearbeitet werde.

### TOP 7.3 Verschiedenes: Tourismus

StR Wiest bringt vor, das Zusammenspiel zwischen Tourist-Info und Tourismus laufe schief. Es werde von Gruppen berichtet, die dem i-Punkt folgten und ins Museum gingen, dort aber keine qualifizierte Information erhielten und zum Tourismusbüro geschickt würden. Er bittet, die Organisation zu überdenken. Die momentane Lösung sei nicht ideal.

OB Fettback antwortet, man habe das Problem erkannt und prüfe die Unterbringung im Rathaus im Zuge des Umbaus und der Schließung der Arkaden. Mittelfristig sei dies sicher die richtige Lösung, dies verursache aber Personalmehrbedarf, da im Rathaus längere Öffnungszeiten bestünden.

Herr Dr. Riedlbauer fügt an, die aktuelle Lösung habe sein Vorgänger bewusst als provisorische Lösung gewählt. Er bestätigt, dass beim Museum kein touristisch geschultes Personal vorhanden sei.

StR Wiest meint, der i-Punkt sollte auf das alte Forsthaus verweisen.

#### TOP 7.4 Verschiedenes: Ampelschaltungen

StR Pfender bringt vor, am Interview in der Schwäbischen Zeitung zu den Ampelschaltungen habe ihn erstaunt, dass fünf verschiedene Firmen am Thema beteiligt seien und dass die Aussage getroffen werde, man benötige für die Optimierung Geld. Er frage sich, was mit den bereits bewilligten Mitteln gemacht worden sei und plädiert, eine Firma zu beauftragen, die diese Aufgabe leisten könne. Er **erhebt dies zum Antrag**.

BM Kuhlmann erklärt die Fragen als nachvollziehbar und **sagt einen Bericht im Bauausschuss zu**.

StR Kolesch bemerkt, der Bericht in der Schwäbischen Zeitung sei falsch. Richtig sei, dass fünf Firmen die Ampeln gebaut hätten, eine sei jedoch für deren Steuerung verantwortlich.

## TOP 7.5 Verschiedenes: Ausschilderung Röhrenöschle

StR Dr. Compter bringt vor, nach dem Winter seien offensichtlich einige Verkehrsschilder ausgetauscht worden. Eines davon im Röhrenöschle. Bisläng habe man die Straße von unten mit dem Rad benutzen dürfen, laut dem aktuellen Verkehrsschild sei dies jedoch nicht mehr zulässig. Zugelassen sei nur landwirtschaftlicher Verkehr. Er erkundigt sich nach den Gründen hierfür.

OB Fettback **sagt zu**, diese Frage an das Ordnungsamt weiterzuleiten.

## TOP 7.6 Verschiedenes: Wieland-Schauraum

StR Garlin bringt vor, im Zusammenhang mit der Entscheidung zum Wieland-Archiv habe man eine zeitgemäße Neukonzeption des Wieland-Schauraums beschlossen. Er sei darauf angesprochen worden, dass mit der Auflösung des Webermuseums in der Zeughausgasse 4, die kommerziell genutzt werden solle, der Wieland-Schauraum aufgelöst werden solle. Er könne sich dies nicht vorstellen. Er fragt, ob diese Auskunft zutreffe.

OB Fettback erwidert, seines Wissens habe man keine Aufwertung des Wieland-Schauraums beschlossen, sondern dass die Archive in Biberach verblieben, aber kein Neubau erstellt werde. Wieland und die Weber hätten historisch in der Zeughausgasse keinen Zusammenhang. Man diskutiere in absehbarer Zeit über die weitere Zukunft der momentan dort untergebrachten Nutzungen.

## **TOP 7.7 Verschiedenes: Jahresbericht Jugend Aktiv**

StR Braig fragt, warum der Jahresbericht Jugend Aktiv von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Dieses Thema habe keine Brisanz und sei bereits öffentlich im Hauptausschuss diskutiert worden.

OB Fettback erwidert, da die Vorberatung bereits öffentlich erfolgt sei, habe der Ältestenrat entschieden, den Bericht nicht noch einmal öffentlich zu diskutieren.

StR Dullenkopf lässt wissen, man habe empfohlen, den Bericht künftig nichtöffentlich vorzubereiten und dann öffentlich in den Gemeinderat zu gehen.

StR Funk kritisiert, diese Vorgehensweise habe es StR Braig nicht ermöglicht, den Bericht zu diskutieren, da er nicht Mitglied im Hauptausschuss sei.

Anschließend wird die Sitzung von 19 Uhr bis 19:20 Uhr zur Vesperpause unterbrochen. Danach findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

**Gemeinderat, 18.05.2009, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

|                  |       |             |
|------------------|-------|-------------|
| Vorsitzender:    | ..... | OB Fettback |
| Stadtrat:        | ..... | Wiest       |
| Stadträtin:      | ..... | Buttschardt |
| Schriftführerin: | ..... | Appel       |
| Gesehen:         | ..... | EBM Wersch  |
| Gesehen:         | ..... | BM Kuhlmann |